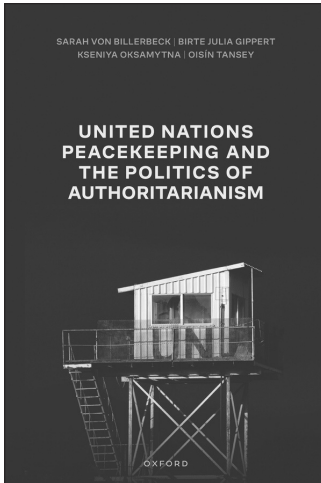


# Wer wird beschützt?

Ben Christian



Sarah von Billerbeck  
et al.

**United Nations  
Peacekeeping and  
the Politics of  
Authoritarianism**

Baden-Baden:  
Nomos 2024, 327 S.,  
84,00 Euro  
Oxford/New York:  
Oxford University  
Press 2025, 288 S.,  
99,00 Brit. Pfund

Das Titelbild ist treffend gewählt: Ein weißer, leicht heruntergekommener UN-Wachturm in tiefschwarzer Nacht. Die gesamte Szenerie wirkt bedrohlich. Unwillkürlich stellt sich die Frage: Wer wird hier eigentlich beschützt – die Bevölkerung oder die (autoritäre) Regierung des sogenannten ›Gastlands‹?

Damit sind wir bei der zentralen Problematik des Buches von Sarah von Billerbeck, Birte Gippert, Kseniya Okamytna und Oisín Tansey: Inwiefern tragen die mit liberalen Mandaten versehenen UN-Friedenssicherungsmissionen zur Stabilisierung autoritärer Regime bei? Die entsprechende Kritik existiert schon lange, eine systematisch vergleichende Studie fehlte jedoch bislang. Diese Lücke schließen die Autorinnen und Autoren sowohl theoretisch als auch empirisch auf äußerst überzeugende Weise.

Das grundlegende Argument lautet: UN-Friedensmissionen können unabhängig zu Förderern von Autoritarismus werden (»enablers of authoritarianism«). »Enabling« bezeichnet dabei eine Form externer Einflussnahme, die autoritäre Praktiken von Regierungen im Einsatzland erleichtert oder gar verstärkt. Statt Demokratisierung zu fördern, tragen die Missionen durch institutionelle Unterstützung und stillschweigende Tolerierung autokratischen Verhaltens dazu bei, illiberale Herrschaft zu stabilisieren. Im Zentrum des Arguments stehen zwei Mechanismen: der institutionelle Kapazitätsaufbau, etwa von Polizei oder der Exekutive, der später repressiv genutzt wird; und die Signalisierung eines nachgiebigen Umfelds, etwa durch mangelnde Kritik an antidemokratischen Praktiken wie Wahlmanipulation oder Repression.

Die Stärkung autoritärer Regime entsteht nicht durch böse Absicht, sondern ist das Ergebnis struktureller Zielkonflikte. Zum einen müssen UN-Mis-

sionen die Zustimmung des Gastlandes wahren und produktive Arbeitsbeziehungen mit der Regierung aufrechterhalten, was die politische Konfrontation erschwert; zum anderen ist die Demokratieförderung nur eines von vielen Zielen der UN-Mandate, und noch dazu eines, das einen langen Atem verlangt. In der politischen Praxis müssen die Missionen jedoch schnell Resultate liefern und zwischen den unterschiedlichen Interessen ihrer zahlreichen Anspruchsgruppen moderieren. So geraten Demokratisierungsziele oft ins Hintertreffen – mit nicht intendierten, aber zutiefst problematischen Konsequenzen.

Empirisch eindrucksvoll untermauert wird die Argumentation durch vier sorgfältige Fallstudien: die UN-Friedenssicherungsmissionen in Kambodscha, in der Demokratischen Republik Kongo, in Haiti und in Liberia. Basierend auf über 200 Interviews, UN-Dokumenten und privatem Archivmaterial liefern die Fallstudien einen nuancierten Einblick in das Spannungsverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der UN-Friedenssicherung. Besonders erhellend ist dabei, dass selbst weithin als ›erfolgreich‹ eingestufte Friedenssicherungsmissionen – beispielsweise in Kambodscha oder Liberia – zur Verstetigung autoritärer Praktiken beitragen können, etwa durch die Stärkung präsidialer Macht oder das Ignorieren gewaltsamer Übergriffe im Wahlkampf.

Die Studie liefert eine beeindruckend präzise, theoriegeleitete und empirisch fundierte Analyse eines zentralen Dilemmas der internationalen Friedenssicherung. Das Buch ist Pflichtlektüre für alle, die sich für die praktischen Widersprüche multilateraler Friedenseinsätze interessieren – und eine Mahnung an jene, die glauben, dass gute Absichten automatisch zu guten Ergebnissen führen.